

PRESSEINFORMATION

25.09.2024

Grohnde: Dialog über Zwischenlagerung im Rathaus

EMMERTHAL – In einer Dialogveranstaltung für den Rat und die Bürger*innen der Gemeinde Emmerthal hat die BGZ erörtert, wie sie die sichere Zwischenlagerung auch in Zukunft gewährleisten wird. Die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) stellte den Stand der Suche nach einem Endlager für hochradioaktive Abfälle vor.

„Aufgrund der späteren Verfügbarkeit des Endlagers ist es unsere Aufgabe, die Sicherheit der Zwischenlagerung über den bislang genehmigten Zeitraum von 40 Jahren hinaus zu gewährleisten“, erklärte Dr. David Knollmann, BGZ-Pressesprecher für die Region Nordwest. „Wir überwachen die Sicherheit der Zwischenlager kontinuierlich und die positive Erfahrung aus mehr als drei Jahrzehnten Betrieb zeigt uns, dass die Behälter grundsätzlich geeignet sind, das radioaktive Material auch über die nächsten Jahrzehnte sicher einzuschließen.“ Um dies nachzuweisen, habe die BGZ zahlreiche Forschungsprojekte auf den Weg gebracht, um die Alterung der Behälter und der Brennelemente zu untersuchen, erläuterte Knollmann. Expert*innen des bundeseigenen Unternehmens diskutierten bereits im vergangenen Jahr mit den Bürger*innen in Emmerthal über das Forschungsprogramm.

Carsten Harzer, Leiter des Brennelemente-Zwischenlagers Grohnde, erklärte, wie die BGZ den vom Kernkraftwerk unabhängigen Betrieb organisiert. Dazu werden umfangreiche Maßnahmen umgesetzt. So lässt die BGZ etwa neue Büro- und Wachgebäude errichten. Um die Neubauten nachhaltig mit Strom und Wärme zu versorgen, wird das bundeseigene Unternehmen Photovoltaikanlagen und Erdwärmepumpen installieren.

Manuel Wilmanns, Abteilungsleiter Infostellen und Informationsmanagement der BGE, stellte den Stand der Suche nach einem Endlager für hochradioaktive Abfälle vor und erläuterte den Zeithorizont des Suchverfahrens, wonach die im Standortauswahlgesetz angestrebte Festlegung des Standorts bis 2031 nicht mehr erreichbar sein wird. „Wir wissen, dass das Tempo der Standortauswahl Folgen für die Dauer der Zwischenlagerung hat. Die BGE hat deshalb eine belastbare Zeitplanung bis zur nächsten Etappe der Endlagersuche vorgelegt: 2027 wird die BGE einen Vorschlag für Standortregionen für die übertägige Erkundung machen. Und in diesem Herbst wird sie Arbeitsstände veröffentlichen, die einen Einblick in die laufenden Arbeiten ermöglichen.“

Im Anschluss an die Vorträge tauschten sich die Vertreter*innen von BGZ und BGE mit den Ratsmitgliedern und Bürger*innen zur Zwischenlagerung in Grohnde und zur Endlagersuche in Deutschland aus.

Dominik Petters, Bürgermeister der Gemeinde Emmerthal, erklärte: „Wir stehen mit der BGZ in einem engen und vertrauensvollen Austausch und fühlen uns gut darüber informiert, wie das Unternehmen sich auf die verlängerte Zwischenlagerung vorbereitet. Klar ist aber auch: Das Zwischenlager darf nicht zur Dauerlösung werden. Die Endlagersuche muss konsequent vorangetrieben werden, damit die Standortkommunen den Atomausstieg nicht alleine schultern. Die Entsorgung radioaktiver Abfälle bleibt eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.“

Hintergrund:

Die bundeseigene BGZ betreibt seit 2019 das Zwischenlager für hochradioaktive Abfälle auf dem Gelände des Kernkraftwerks Grohnde. Die Aufbewahrung dieser Abfälle ist in Deutschland auf 40 Jahre befristet, die Genehmigung für das Lager in Grohnde läuft im Jahr 2046 aus. Eine verlängerte Zwischenlagerung ist notwendig, da erst Mitte des Jahrhunderts ein Endlagerstandort benannt werden soll. Dann wird es noch mehrere Dekaden dauern, bis alle Behälter an dieses Endlager abgegeben sind. Auf die verlängerte Zwischenlagerung bereitet sich die BGZ seit ihrer Gründung im Jahr 2017 vor, unter anderem mit ihrem Forschungsprogramm. Dieses ist unter <https://bgz.de/forschungsprogramm/> abrufbar.